

06.03.2013 18:11 bsd210 3 POL HEA Zusammenfassung Nachricht ind sda/rg vr rs
Bern

Ärzte: Chirurgen warnen vor falschen finanziellen Anreizen in der Medizin

(sda) Die Schweizer Chirurgen fürchten um die Balance zwischen Medizin und Ökonomie. Sie legen deshalb den Finger auf einen wunden Punkt in der Gilde: Falsche finanzielle Anreize. Um diesen entgegen zu wirken, lancieren sie eine Charta und fordern Patienten auf, danach zu verlangen.

"Das Risiko besteht, dass Eingriffe nur durchgeführt werden, um Geld zu verdienen", sagte Ralph Alexander Schmid, Präsident der Schweizerischen Gesellschaft für Chirurgie (SGC) am Mittwoch vor den Medien in Bern. "Man macht den Patienten kränker als er ist, um Leistungen zu generieren."

Die SGC lanciert deshalb eine Charta: Mit ihrer Unterschrift sollen Chirurgen und Spitäler bezeugen, dass chirurgische Eingriffe aus medizinischen Gründen erfolgen - und nicht aus finanziellen Überlegungen. Dadurch würden die Interessen der Patienten - aber auch der Ärzte - geschützt, sagte Schmid.

Provisionen kritisiert

Auch die Weitervermittlung oder Zuweisung von Patienten dürfe nicht durch finanzielle Interessen motiviert sein. Ein Arzt dürfe dafür keine Provision erhalten, sagte Schmid. Ein solches Vorgehen untergrabe die freie Arztwahl.

Schmid appellierte auch an die Patienten, ihre Ärztinnen und Ärzte in die Verantwortung zu nehmen: "Fragen Sie Ihren Arzt, ob er eine Provision erhält."

Die Charta stützt sich auf die Richtlinien des Ärzteverbandes FMH. Sanktionen gegen Verstösse können dabei nur von der FMH ergriffen werden. Die FMH wird auf Antrag eines Arztes aktiv.

Mit ihrem Schritt an die Öffentlichkeit wollen die Chirurgen einem drohenden Missstand entgegentreten. "Die Schweizer Chirurgen greifen mit ihrer Initiative ein Tabuthema auf", sagte Schmid.

Problematische Entwicklung

Insbesondere bei Privatspitälern seien Rabatte oder Assistenzhonorare verbreitet - ohne dass ein Assistent Hand angelegt hätte. Praxisgruppen handelten Ermässigungen mit Spitalern aus. "Solche Verträge müssen verboten werden", sagte Schmid.

Zudem habe in Deutschland die Zahl der Operationen seit der Einführung des Fallpauschalen-Systems um ein Viertel zugenommen, sagte Schmid. Diese Entwicklung und andere negative Entwicklungen gelte es in der Schweiz zu vermeiden.

FMH grundsätzlich zufrieden mit Tarifsystem

Bei der FMH sieht man keine grundlegenden Systemmängel. "Die Tarifstruktur an sich gibt nicht den Anreiz zum Missbrauch, es sind immer die Menschen", sagte FMH-Vizepräsident Pierre-François Cuénod auf Anfrage der Nachrichtenagentur sda.

Ob das seit Januar 2012 gültige Fallpauschalensystem SwissDRG zu mehr Missbrauch führe, könne man erst beurteilen, wenn die offiziellen Zahlen dazu vorlägen. Das sei in der zweiten Jahreshälfte der Fall.

Für Cuénod geht es aber auch um den guten Ruf der Spitäler: Es wäre rufschädigend, wenn bekannt würde, dass Operationen unnötig ausgeführt würden. "Das spricht sich herum", sagte Cuénod.

Skandale vermeiden

Transparenz will die SGC bei der Herkunft von akademischen Titeln schaffen: "Wir verlangen von unseren Mitgliedern, dass sie die Herkunft ihrer Titel offenlegen", sagte Schmid. Die Titelherkunft werde im Mitgliederverzeichnis der SGC-Webseite publiziert. Damit reagiert die SGC auf die jüngsten Skandale um falsche oder dubiose Titel.

Die SGC feiert in diesem Jahr ihr hundertjähriges Bestehen. Sie zählt rund 1300 Mitglieder.

Note: Lead neu; Meldung durchgehend überarbeitet.